

WAHL ABC

K Konstituierende Sitzung

Die konstituierende Sitzung des Deutschen Bundestages ist sozusagen die Neugründung des Bundestages nach der Wahl. Der neu gewählte Deutsche Bundestag muss nach Art. 39 Abs. 2 GG spätestens am 30. Tage nach der Wahl zusammentreten. Natürlich kommt es innerhalb dieser Frist darauf an, wie lange die Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteien, die eine Regierung stellen wollen, dauert. Diese konstituierende Sitzung, die Eröffnung des Parlaments, wird formal vom Bundestagspräsidenten der vorherigen Legislaturperiode einberufen und zu Beginn vom ältesten anwesenden Bundestagsmitglied, dem Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages, geleitet, der in diesem Zusammenhang eine Grundsatzrede hält und vorläufige Schriftführer ernannt. Dem namentlichen Aufruf der Mitglieder des Bundestages folgt die Wahl des neuen Bundestagspräsidenten. Letzterer übernimmt nach seiner Wahl die Leitung der Sitzung und hält eine politische Antrittsrede. Während der konstituierenden Sitzung werden zudem die Stellvertreter des Bundestagspräsidenten gewählt, Schriftführer bestimmt und die Geschäftsordnung des Hauses, ggf. mit Änderungen, angenommen. Es ist nicht vorgesehen, dass die deutsche Nationalhymne gesungen wird. Mit der konstituierenden Sitzung enden überdies die Amtszeiten des bisherigen Bundeskanzlers und der übrigen Bundesregierung, die aber bis zur Bildung einer neuen Bundesregierung geschäftsführend im Amt bleiben. Der konstituierenden Sitzung des Bundestages folgt die erste Sitzung des Bundestages in der neuen Legislaturperiode, in deren Rahmen der Bundeskanzler gewählt wird.



WAHL-TAGEBUCH
von
Tim Gabel

Unwissenheit und Strafe

Mehr als die Hälfte der jungen Menschen weiß einer Umfrage zufolge nicht, dass nächsten Monat die Bundestagswahlen stattfinden. Nur 46 Prozent der potenziellen Wähler zwischen 18 und 29 Jahren wussten, dass im September der neue Bundestag gewählt wird. Besser ist die Situation bei den älteren Wählern, so dass insgesamt immerhin 73 Prozent den richtigen Wahlmonat kennen. Noch mehr Verwirrung herrscht aber bei der Frage, welche Stimme bei der Wahl wichtiger ist. Richtig ist hier: Die Zweitstimme entscheidet über die Stärke der Parteien im Bundestag. Mit der Erststimme wählt man lediglich den Direktkandidaten, der aus seinem Wahlkreis in den Bundestag einziehen wird. Gründe, warum sich vor allem die Erst- und Jungwähler dies und das Datum der Bundestagswahl (22. September!) merken sollten, sind folgende: Vielleicht möchten junge Menschen nicht, dass der amerikanische Geheimdienst alle ihre Facebook-Konversationen mitliest. Vielleicht möchten die jungen Leute, wenn sie studieren oder ihre Ausbildung machen, in Wohnungen ziehen, die bezahlbar sind. Wer trotzdem nicht wählt, ist hinterher selber schuld.

Wir zahlen Strom für Massentierhaltung

Jürgen Trittin über Energiewende, einen Schuldenschnitt für Athen und den schwarz-grünen „worst case“

Der Grünen-Spitzenkandidat gilt im Falle eines Wahlsieges von Rot-Grün als Anwärter auf den Posten des Finanzministers. Einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland will er dann nicht kategorisch ausschließen.

Fortsetzung von Seite 1
von Tim Gabel
und Maren Schultz

OP: Der Wahlkampf läuft ganz gut für die Grünen. Aber die SPD torkelt ein bisschen, ihr fällt als Wahlkampfthema nicht viel mehr ein als die NSA. Haben Sie Angst, auf der Oppositionsbank zu landen?

Jürgen Trittin: Am Wahlabend 2009 habe ich der Bundeskanzlerin zum Wahlsieg gratuliert und öffentlich zu ihr gesagt: Rot-Grün wird ihr als nächstes Nordrhein-Westfalen abnehmen. Das war zwar mutig. Aber es ist so gekommen. Und daran sieht man: Wahlen werden am Ende des Wahlkampfes entschieden und über die Mobilisierung. Da lauert in der Strategie der Bundeskanzlerin eine Gefahr für sie und die Demokratie. Sie verweigert sich der inhaltlichen Auseinandersetzung und setzt mit ihrer Wahlkampfstrategie bewusst auf Demobilisierung: Es soll ruhig ein CDU-Wähler zu Hause bleiben, wenn dafür zwei SPD-Wähler zu Hause bleiben. Am Ende bleiben dann aber drei Wähler zuhause, und das macht mir als Demokraten große Sorgen über eine zu geringe Wahlbeteiligung. Das wollen wir durchkreuzen. Wir haben aber als Grüne schon bei den letzten Wahlen häufig am Ende die Mehrheit entschieden, weil wir als Grüne mehr Prozent hinzugewonnen haben, als CDU und FDP gemeinsam verloren haben. Und darauf setzen wir. Unsere Leute sind gut mobilisiert und haben Ausdauer.

OP: Und doch kann es an der SPD scheitern. Sigmar Gabriel hat im Interview gesagt, er schließt jegliche Beteiligung der Linken aus. Muss man nicht doch darüber nachdenken?

Trittin: Sigmar Gabriel und ich haben eine sehr persönliche Erfahrung mit den Linken gemacht. Hannelore Kraft ist das Risiko einer Minderheitsregierung unter Tolerierung der Linkspartei in Nordrhein-Westfalen eingegangen. Wir mussten erleben, dass sich nach einem Jahr die Linkspartei mit der CDU und der FDP verbündet hat. Das hat dazu geführt, dass neu gewählt werden musste und SPD und Grüne jetzt eine eigene stabile Mehrheit haben. Aber solche Erfahrungen machen auch sensibel. Die Linke ist nicht verlässlich, und das hat einen einfachen Grund: Anders als in Brandenburg hat sich die Linkspartei in Gesamtdeutschland nicht dazu entschieden, wirklich regieren zu wollen. Die



„Ein weiterer Schuldenschnitt für Griechenland wird mit jedem Tag wahrscheinlicher“: Der Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin.

Fotos: Thorsten Richter

Partei ist gespalten und stellt Forderungen, die nicht zu erfüllen sind. Sie werden von einer Deutschen Bundesregierung – egal wer sie stellt – nicht erleben, wie sie zusieht, dass ein Land in der Europäischen Union in den Staatsbankrott geht, so wie die Linkspartei das mehrfach gefordert hat. Das wird es nicht geben.

OP: Wenn die Bundeskanzlerin schon grüne Positionen übernimmt – ist Schwarz-Grün dann nicht eine Alternative? Sie haben das als zweitbeste Möglichkeit bezeichnet.

Trittin: Dass Schwarz-Grün nicht funktioniert, können Sie an einer Vielzahl von Beispielen durchbuchstabieren. Wir wollen, dass es ein ausreichendes Angebot an Kita-Plätzen und Ganztagsbetreuung gibt. Dazu wollen wir das Betreuungsgeld abschaffen und das Kooperationsverbot beim Thema Bildung zwischen Bund und Ländern aufheben. Das wird die Union nicht machen. Die CDU hat das gerade auf einem Parteitag festgelegt. Obwohl 70 Prozent der Eltern Ganztagschulen für ihre Kinder wollen und es nur für 30 Prozent der Schüler einen Platz gibt. Ich könnte das weiter fortsetzen, zum Beispiel mit der steuerlichen Entlastung von Normalverdienern, der Vermögensabgabe zum Schuldenabbau oder einer Schuldenbremse für Banken. Alles No-Go's für die CDU. Wenn man in gegenteilige Richtungen will, dann soll man nicht versuchen, an einem Karren zu ziehen. Ich verstehe auch manchmal den Kleinmut nicht. Rot-Grün oder Grün-Rot regiert schon 50 Millionen Deutsche in den Bun-

desländern, warum sollten wir nicht auch noch die letzten 30 davon überzeugen, dass unser Modell das richtige ist?

OP: Wenn das so einfach ist, können Sie ja schonmal die Felle vergeben. Sie werden als Finanzminister gehandelt. Was würden Sie denn anders machen?

Trittin: Wir halten uns an die Reihenfolge: erstmal eine andere Koalitionsvertrag aushandeln und dann werden die Posten verteilt. Aber richtig ist, die Grünen können heute jedes Ressort mit einer politischen Alternative übernehmen. Was Not tut in diesem Lande ist, dass wir sehr schnell Maßnahmen zu einem gesetzlichen Mindestlohn einführen müssen. Das spart auch Geld. Wir geben im Moment mehrere Milliarden für Aufstocker aus. Davon kann man einen guten Teil mit einem gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro sparen. Wir werden die Blockade Deutschlands bei einer europäischen Bankenunion aufheben. Wir brauchen eine strikte Aufsicht und eine Schuldenbremse für Banken, damit nie wieder Steuerzahler Banken retten müssen. Die USA haben über 100 Banken in der Finanzkrise geschlossen. Wir mussten Banken in der von ihnen verschuldeten Finanzkrise retten. Seitdem haben wir über 100 Milliarden Euro mehr Staatschulden. Diese Schulden wollen wir über eine Vermögensabgabe abtragen für Vermögen über eine Million Euro. Das trifft nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung.

OP: Der bisherige Finanzminister Schäuble wird nicht müde, einen weiteren Schuldenschnitt für Griechenland auszuschließen. Unterscheiden Sie sich auch in diesem Punkt von ihm?

Trittin: Wir müssen den Tatsachen ins Auge schauen. Der Internationale Währungsfonds sagt seit über einem Jahr, dass Griechenland alleine nicht auf die Beine kommt, wenn nicht massiv investiert wird. Wir können doch nicht wie Frau Merkel einfach nur zuschauen und stur nein zu Investitionen sagen und alleine weitere Spar-

maßnahmen erzwingen. Wer sich ein bisschen mit Ökonomie beschäftigt hat, kann sich darüber nur wundern: Wird die Ökonomie komplett abgewürgt, dann gibt es auch keine Steuereinnahmen mehr und man schlittert in einen Teufelskreis nach unten. Frau Merkel hat den Schuldenschnitt, der dann auch öffentliche Gläubiger treffen wird, durch dieses Verweigern von Investitionen wahrscheinlicher gemacht. Jeder Tag des Zwartens macht diesen unerfreulichen Schritt wahrscheinlicher. Wenn sich nicht sehr schnell etwas ändert, werden die Kosten immer größer. Es muss einen weiteren Stimulus für Griechenland geben und man muss das den Menschen auch ehrlich sagen. Wir fahren gerade mit Griechenland eierne geordnete Insolvenz und ich bin weiter der Meinung, dass das die bessere Alternative zu einem Staatsbankrott ist. Und jede Insolvenz ist mit Härten verbunden. Die Alternative wäre aber, dass die Krise zu uns rüber schwappet. Ausgaben kürzen ist nötig, kann aber als alleinige Maßnahme nicht funktionieren.

OP: Emissionshandel, EEG-Umlage, Kapazitätsmärkte, Ausschreibungen für die Grundversorgung, Wärme-Speicherung und Stromsparer-Topf: Die Energiewende mit den Grünen ist ganz schön komplex. Über schauen Sie das ganze noch, auch Machbarkeit und Kosten?

Trittin: Als Wahlkampfthema sagen wir zwei Dinge: Unser Ziel ist 100 Prozent Erneuerbare, das heißt bis 2020 muss die Hälfte des Stroms erneuerbar erzeugt werden. Damit das zu fairen Preisen geschieht, müssen unter anderem die Ausnahmen bei der EEG-Umlage und die Netzzulage wieder massiv zurückgefahren werden; und nur die Unternehmen, die wirklich energieintensiv und im internationalen Wettbewerb stehen, dürfen ausgenommen werden. Damit allein können die Kosten um vier Milliarden reduziert werden.

OP: Trotzdem: Manche Menschen, die sich etwas differen-

zierter damit beschäftigen, werden sich doch fragen, ob zum Beispiel die Reduktion der Kohlekraft realistisch ist. Gegen die SPD und dann noch gegen die Mehrheit im EU-Parlament?

Trittin: Also als erstes: Unsere Ziele sind bisher immer übertroffen worden. Hier sitzt jemand, der sich sehr geirrt hat. Das Ausbau-Tempo der erneuerbaren Energien ist jetzt schon schneller, als wir bei der Entwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes geglaubt und festgeschrieben haben. Wir sind bereits bei 22 Prozent. Zweitens: Schwarz-Gelb blockiert in Brüssel den Emissionshandel. Mit Rot-Grün wird endlich die erforderliche Mehrheit für die dringend notwendige Reform hergestellt.

OP: Und die Energiewende ist immer noch für eine Kugel Eis zu haben?

Trittin: Das war zu dem Zeitpunkt, als wir die Energiewende auf den Weg gebracht haben, richtig, da konnte man die Kosten im Monat mit dem vergleichen, was eine Kugel Eis kostete. Jetzt trifft das nicht mehr zu. Der eine Grund ist die Entwicklung bei den Emissionszertifikaten. Man ist von Zertifikatspreisen von 20 bis 30 Euro ausgegangen. Im Moment liegt der Preis bei erschütternd mageren drei Euro. Zweitens hat die Regierung mit Herrn Altmayer die Ausnahmen bei der EEG-Umlage für die stromintensiven Betriebe künstlich vermehrt. Es sind ja nicht plötzlich so viele energieintensive Unternehmen nach Deutschland gekommen. Wo früher der Grundsatz galt: „Ausnahmen nur für energieintensive und im internationalen Wettkampf stehende Betriebe“, wurde jetzt erstens der internationale Wettbewerb weggestrichen und zweitens der zur Ausnahme berechtigende Energieverbrauch reduziert. Wir haben jetzt nicht mehr 286, sondern 2367 Anträge für Ausnahmen. Wir zahlen inzwischen den Strom für Massentierhaltung und die Betriebssicherheit von Rechenzentren großer Banken. Ich stehe ja dazu, dass ich gesagt habe, dass die Energiewende für eine Kugel Eis zu haben ist. Aber für die große Anzahl an Freundschaftsbechern, die Peter Altmayer oben drauf gelegt hat, dafür bin ich nicht verantwortlich.



Im Anschluss an das Interview fuhr Trittin ins TTZ zu einem Wahlkampfauftakt. Neben ihm: Angela Dorn.